

Pulsnitzer Tageblatt

Kernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz **Bezirksanzeiger**
Postfach-Konto Dresden 21 38. Giro-Konto 146

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Erstein an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Wiederholung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,65 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf.; amlich 1 mm 30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50%, Ausschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konturfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhörnisdorf, Bretzig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Tschelmdorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Förster & Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 268

Freitag, den 16. November 1928

80. Jahrgang

Das Wichtigste

Nach einer Meldung Berliner Blätter wurden einem New Yorker Bankier in einem Hotel in der Friedrichstadt Reisepässe, Kreditbriefe und Zinsscheine im Werte von 80 000 Mark gestohlen.

Wie Berliner Morgenblätter melden, ist der Mantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe, dem rund 120 000 Arbeiter im ganzen Reich unterstehen, von den beteiligten Gewerkschaften zum Ablauf am 15. Februar 1929 gekündigt worden.

Ein schwerer Erdbeben erschütterte die Eisenbahnstrecke Trient—Male, so daß der Verkehr unterbrochen werden mußte. Die Räumungsarbeiten wurden sofort begonnen, schritten aber nur langsam vorwärts, da immer wieder neue Erdmassen nachrutschten. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Meldungen aus Kapstadt zufolge wurden am Donnerstag im Zululand sehr schwere Erdstöße verspürt. Ueber das Ausmaß des angerichteten Schadens fehlen vorläufig noch alle Nachrichten. Der Untergang der „Vestris“ bildet den Gegenstand gerichtlicher Untersuchung.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Zubilarium) Herr Stadtoberlebensinspektor Dutschmann kann heute auf eine 25jährige Dienstzeit beim Stadtrat zu Pulsnitz zurückblicken. Aus diesem Anlasse wurde eine schlichte Feier veranstaltet, bei welcher Herr Bürgermeister Kannegeker namens der städtischen Kollegien den Jubilar im Beisein von Vertretern der Beamtenchaft in einer Ansprache ehrte und unter gleichzeitiger Ueberreichung eines städtischen Ehrengeschenkes die Glückwünsche der Stadtgemeinde überbrachte. Die Kollegenschaft ehrte ihren Jubilar als eine Zierde ihres Standes mit dem Ausdruck des Stolzes, der Freude und der Hochachtung für ihn mit beglückwünschenden Worten unter Uebermittlung eines bleibenden Andenkens an seinen heutigen Ehrentag durch den Vorsitzenden der Ortsgruppe Pulsnitz des Sächsischen Gemeindebeamtenbundes. Der Arbeitsplatz war von einer grünen Rante umrahmt. Herr Dutschmann ist am 16. November 1903 aus Kirchberg (Sa.) kommend als Rassenkontrolleur in den Dienst der Stadt getreten und vom damaligen Bürgermeister, Herrn Dr. Michael, verpflichtet worden. Bei der Trennung der Spar- und Girokasse von der Stadtkasse wurde ihm das Amt des Stadtkassierers übertragen, das er seit dieser Zeit in vorbildlicher Weise verwaltet. Möge es ihm vergönnt sein, sich noch recht lange körperlicher und geistiger Frische zu erfreuen.

Pulsnitz. (Kraftpost Pulsnitz—Oberlichtenau.) Die erste Fahrt am Sonntag anlässlich der Oberlichtenauer Rimes beginnt bereits 10 Uhr 55 Min. vormittags ab Bahnhof Pulsnitz. Der Fahrpreis des Nachtwagens nach Dresden ab Pulsnitz beträgt RM 1,30.

Pulsnitz. (Volkshochschule.) Was doch bei einer Reihe für interessante Fragen chemischer und physikalischer Art auftauchen? Die letzte Stunde hat es uns bewiesen. Und wie sieht's mit dem Feuer? Wird immer richtig geäuert oder lehrt uns die Chemie den richtigen Weg gehen? Auch die, liebe Hausfrau, dürfte es interessieren. Die chemischen Geheimnisse der Flamme sollen uns das nächste Mal unter Dr. Bauch, Dresden, am Montag, den 19. November, 20.15 Uhr beschäftigen. Jedermann herzlich willkommen. Dienstag 20 Uhr übt die Singgruppe.

(Die Mietzinssteuer im Wohnungsindex.) Der Verband der Sächsischen Grund- und Hausbesitzervereine schreibt uns: Das Statistische Reichsamt, Abteilung III Sozialstatistik, teilt mit, daß es die sogenannte Reichsindexziffer für Wohnungsausgaben auf der Grundlage der Realwerte und der Hauszinssteuer berechnet, ohne zwischen diesen beiden Leistungen des Mieters die im Sinne der Gesamtmehrwert notwendige Trennung vorzunehmen. Dieses Verfahren erscheint nicht haltbar; denn es muß den Eindruck erwecken, als ob die unmittelbaren Wohnungsausgaben der Bevölkerung gegenüber der Vorkriegszeit erheblich gestiegen wären. So stellt sich die Wohnungsmehrwertziffer des Statistischen Reichsamtes denn auch seit längerer Zeit auf mehr als 125 Einheiten. In Wirklichkeit sind aber die Ausgaben für Wohnung und Unterkunft gegenüber dem Vorkriegsstand erheblich zurückgegangen, wie es sich ja auch aus dem gegenwärtig im Reichsdurchschnitt auf 70 % der gesetzlichen Mietsnormierten Betrag ergibt, den der Hauseigentümer als Mietsrente erhält. Die Mietzinssteuer stellt eine indirekte Einkommens- oder Vermögensabgabe dar, die nur von denen erhoben wird, die nach Ansicht der Steuerbehörden zu ihrer

Stürmische Panzerkreuzer-Debatte im Reichstag

Die Berliner Presse zur Panzerkreuzer-Debatte

Wenn's kriselt.

Der Reichstag glied am Donnerstag einem Bienenhaus, die Bienen flogen ein und aus, aber man merkte, sie waren aufgeregt. Unsere Volksboten hatten den Kopf voller Sorgen. Drinnen im Plenarsaal des Reichstages, ebenso wie in dem so beliebten Reichstagsrestaurant sah man hochrote Köpfe. Ueberall standen Gruppen zusammen, in denen eifrige Reden geführt wurden. Die Aufregung war jedem Abgeordneten mehr oder weniger vom Gesicht abzulesen. Eine krisenschwangere Atmosphäre; denn keiner der Volksvertreter konnte mit Gewißheit sagen, daß er noch lange in diesem hohen Hause seine Diäten beziehen würde. Sprach man doch da u. a. sogar von Reichstagsauflösung, wenn die Geschichte mit dem Panzerkreuzer A nicht klappen sollte. Es gab da doch Fragen, die recht brenzlich werden können, und selten sah man die Aneignung in unserem Volke so gut verkörpert wie in den Reichstagsräumen am Donnerstag. Das Reichstagskabinett hatte kurz vor der Panzerkreuzerdebatte eine Erklärung formuliert, die der Reichskanzler nachher im Plenum über die Interpellation der Kommunisten abgab. Dann ging die

Rebeschlacht über den Panzerkreuzer

Los. Hui, wie die Worte nur so durch den großen Kuppelsaal flogen! Auch der Reichswehrminister nahm das Wort, erstens, weil die Frage des Panzerkreuzerbaues in sein Ressort fällt, und zweitens, weil er sich gegen verschiedene Presseangriffe verteidigen mußte.

Der erbitterteste Kampf spielte sich aber in den einzelnen Fraktionen ab. Die sozialdemokratische Fraktion hatte bereits am Mittwoch beschlossen, daß die sozialistischen Mitglieder des Reichstagskabinetts sich bei der Abstimmung nicht etwa der Stimme enthalten dürften, sondern ihre Stimme gegen den Bau des Panzerkreuzers abzugeben hätten. Dadurch ist das Zentrum erheblich verärgert worden, denn von Zentrumsseite war gefordert worden, daß sich wenigstens der Reichskanzler der Stimme enthalten sollte, um nicht das

Bild eines völlig auseinanderfallenden Kabinetts

zu geben. Noch weiter spitzte sich die Lage zu, als einige Zentrumsabgeordnete forderten, daß sich das Kabinett schon jetzt über die zweite Rate für den Bau des Panzerkreuzers in dem Etat 1928-29 einigt. Demgegenüber berufen sich die Sozialdemokraten auf das Defizit des Etats und wollen die Rate für den Panzerkreuzer entweder ganz klein halten oder den Bau überhaupt vorläufig aussetzen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hatte zu der Panzerkreuzer-Debatte einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht durch entsprechende Erklärungen, gegebenenfalls durch Gesetzesvorlagen, dem deutschen Volke die Gewähr zu geben, daß zum Schutze der Lebensgrundlage des deutschen Volkes und der deutschen Arbeit, insbesondere zur Sicherung der bedrohten Ostmark, alle Nützlichkeitsmöglichkeiten ausgenutzt werden, die das Versailles Friedensdiktat dem deutschen Volke übriggelassen hat.

Eine Ostpreußen-Entscheidung zur Panzerkreuzerfrage

Königsberg. Die Ueberzeugung, daß der Bau des neuen Panzerkreuzers A für die Verteidigung von Ostpreußen, insbesondere für die Offenhaltung des Seeweges im Ernstfalle eine Lebensnotwendigkeit bedeutet, fand ihren Niederschlag in einer Entscheidung, die einmütig von allen nationalen Verbänden Ostpreußens gefaßt wurde. Die Entscheidung, die auch dem Reichstag zugegangen ist, lautet:

„Der Bau des Panzerkreuzers A ist für das ganze Deutsche Reich, besonders aber für das abgetrennte Ostpreußen eine Notwendigkeit. Erst dieser Zuwachs wird die deutsche Flotte insland setzen, den Seeweg nach Ostpreußen offen zu halten und zu sichern. Die Aufgabe des Baues müßte im deutschen Osten so aufgefaßt werden, als ob alle Reden und Versprechungen der Minister nur Worte blieben, der deutsche Osten von Berlin aus in Wahrheit aber bereits aufgegeben ist. Unser Wille zur Selbstbehauptung erlahmt nicht. Gerade deshalb verlangen wir mit allen anderen Ostpreußen, daß die fortgesetzten Versuche, den Bau zu hintertreiben, endlich aufhören.“

Die Berliner Presse zur Panzerkreuzer-Debatte

Die eifrige Panzerkreuzerdebatte im Reichstag wird von den Berliner Blättern eingehend besprochen und besonders die Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Wels scharf kritisiert, die ja auch bei

den übrigen Regierungsparteien starke Verstimmung hervorgerufen hat. Die „Germania“ sagt, die Sozialdemokratie habe eine seltene Geschicklichkeit darin, in kritischen parlamentarischen Situationen solche Redner mit der Vertretung der Fraktion zu beauftragen, denen jedes Gefühl für die Aufgabe der Stunde und jede Rücksicht auf staatspolitische Erwägungen fehle. Schon die Wahl des Abgeordneten Wels als Redner habe gezeigt, daß es der Sozialdemokratie weniger auf eine sachliche Argumentation und eine ruhige ernste Vertretung ihres Standpunktes angekomme sei, als vielmehr darauf, mit den Mitteln einer gekübten Demagogie die Tatsache fortzuführen, daß sie in der Panzerkreuzerfrage eine sehr empfindliche Blöße erfahren habe. Die Verstimmung bei den anderen Koalitionsparteien sei begreiflich. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ spricht von einem gelungenen Vorstoß des Sozialdemokraten Wels. Das Blatt stellt zum Schluß die Frage, ob das Kabinett nach der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages, wenn der Ressortminister stärker gemeint sei als der Kanzler, noch zusammen bleiben könne. Die „Börsen-Zeitung“ sagt, der Führer der größten Partei des Reichstages habe eine Oppositionsrede schwersten Kalibers gehalten, die ein sensationelles Ereignis gewesen wäre, wenn sie ernst gemeint gewesen wäre. Je eifriger Wels gesprochen habe, je stärker sich sein auf die Massenwerbung eingestelltes Temperament rhetorisch entfaltet habe, desto weniger habe er die kritischen Hörer überzeugt. Es sei fraglich, ob er draußen im Lande einen stärkeren Eindruck mache. Man werde sich kaum damit zufrieden geben, daß die Sozialdemokratie mit der Faust auf den Tisch des Hauses schlage und froh sei, wenn andere verhindert, daß etwas kaputt gehe. Auch das „Berliner Tageblatt“ stellt fest, daß die Sozialdemokratie keine gute Wahl getroffen habe, als sie Wels zu ihrem Redner bestimmte. Der „Vorwärts“ ist sehr zufrieden mit der Werbung der Rede des Abgeordneten Wels und meint, die Rede habe als Mahnung zur Verantwortlichkeit die Mittelparteien erschreckt. Der „Kölnische Anzeiger“ schreibt: Es müßte zugegeben werden, daß die Aufgabe des sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden, der im Reichstag den Antrag seiner Freunde auf Einstellung des Kreuzerbaues zu begründen hatte, keine beneidenswerte gewesen sei. Das Schauspiel eines heroischen Kampfes unter dem Banner der proletarischen Prinzipientreue, das man den unruhig gewordenen Reuten draußen vorspielen wollte, sei vorzeitig als Theater entlarvt worden. Jedes Kind hätte bereits erkannt, daß hinter der schrecklichen Kampfergebäude in Wahrheit das beherrschende Wissen um den Ausgang der Dinge, um die errechenbar sichere Abstimmungsablage gestanden habe. Die „Berliner Morgen-Zeitung“ sagt, der Abgeordnete Wels habe mit uneingeschränkter Energie die Sache der Panzerkreuzerblamiert und alles Handlatschen seiner Genossen andere nichts an der Tatsache, daß er, heißer gefahren, nach Schluß seiner Rede als hegossener Pudel hätte abgehen müssen. Selten habe eine Partijührerrede auf einem so tiefen Niveau gestanden wie diese. Zu der Blamage, die er seiner Partei beschert habe, gefelle sich aber das für seine Fraktion viel unangenehmere Moment der Entziehung, die die Rede des sozialdemokratischen Partijührers in den anderen Parteien der Regierungsgemeinschaft hervorgerufen habe.

Reichstags-Sitzungsbericht auf der Beilage.

Fünf Jahre Wunder.

(Eigene Meldung.)

Das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft kann in diesen Tagen ein Jubiläum begehen, das weit mehr gefeiert zu werden verdient, als es geschieht. Vor fünf Jahren hat die Inflation, die schmerzliche Wirtschaftskatastrophe, die jemals ein europäisches Volk, vielleicht mit Ausnahme Rußlands, betroffen hat, ihr Ende gefunden und seit dem 16. November 1923 haben wir in Deutschland eine feste und stabile Währung, die sich im Inlande und im Auslande bald Vertrauen erwarb und nunmehr sogar einen Vorsprung genießt vor den Währungen anderer Länder, die erst ganz allmählich wieder auf einen normalen Stand kommen konnten. Wie ein Traum, und zwar wie ein böser Traum erscheinen heute nur noch die Jahre und besonders die letzten Monate der entsetzlichen Zeit, da es praktisch ein Geld in Deutschland gar nicht mehr gab, da unter den Fingern im Verlaufe weniger Stunden alles zerrann, was der einzelne in mühsamer Arbeit sich erworb. Vorbei ist auch die Zeit des unendlichen moralischen Chaos, das den Zusammenbruch der deutschen Währung begleitete und das das deutsche Volk dem endgültigen nationalen und ethischen Verfall hätte entgegenführen müssen, wenn nicht tatkräftige, kluge und kühne Männer damals die Lat vollbracht hätten, die im Inlande und Auslande lächelnd bezweifelst wurde, bis man mit staunender Bewunderung überall feststellen mußte, daß das „Wunder“ gelungen sei. Das deutsche Volk hat allen Anlaß, heute der Männer zu gedenken, deren Namen am härtesten mit dieser größten Tat seit dem Kriegsende verknüpft sind und bleiben werden: Dr. Helfferichs, der als erster einen Vorschlag machte, der als Diskussionsgrundlage gelten konnte, und Dr. Luthers, der als Reichsfinanzminister, kämpfend mit Widerständen und Zweifeln ringsherum, aus theoretischen Vorschlägen die praktische Lösung herausentwickelte und den Mut aufbrachte, den entscheidenden Entschluß zu fassen. Es ist letzten Endes das Werk der starken Persönlichkeit Dr. Luthers, das es uns ermöglicht hat, seit fünf Jahren allmählich wieder zu wirtschaftlich gesünderen und ruhigeren Verhältnissen zu kommen, das uns den Weg gebahnt hat zur Wiedererringung einer angesehenen deutschen Stellung im Rate der Völker und die Grundlagen geschaffen hat für weiteren Aufstieg, der noch schwere Kämpfe kosten wird, aber, das sind wir ja alle in Deutschland gewiß, doch zum Siege der

